



Dr. Edmund Peter Geisen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 78 145

 (030) 227 – 76 145

 edmund.geisen@bundestag.de

Plenarsitzung am 16.09.2008

**Rede
des Abgeordneten
Dr. Edmund Geisen (FDP)**

zum
**Entwurf des Haushaltsgesetzes 2009 - Einzelplan
10 (Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)**

Sperrfrist: Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

die vergangenen Monate fern von Berlin - ob in der Eifel, in Niederbayern oder im Schwarzwald - haben mir wieder einmal bewusst gemacht: Es sind nicht die Städte – nein, es sind die ländlichen Räume, die das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden.

Sie gilt es zu fördern.

Und von daher möchte ich ausnahmsweise als Oppositionspolitiker auch einmal sagen: Ich bin zufrieden, dass die GAK-Mittel für den ländlichen Raum erhöht wurden.

Aber leider – und es war klar, Herr Minister, dass dieses „Aber“ kommen musste – leider wirkt diese Mittelaufstockung auf mich eher wie ein weiteres plakatives Wahlgeschenk an Ihre Heimat, dessen Wirkung schnell verpufft, denn als eine nachhaltige Maßnahme zur Stärkung des ländlichen Raums.

Warum?

Weil eine nachhaltige Stärkung des ländlichen Raums eben mehr verlangt als Fördermittel/ staatliche Beihilfen. Es geht um Stär-

kung der Wettbewerbsfähigkeit und vernünftige politische Rahmenbedingungen. Kurz: Es geht um den Agrarstandort Deutschland!

Und hier, meine Damen und Herren, sind die Defizite immens!

Ob in der Steuer-, Arbeitsmarkt-, Umwelt- oder Gemeinsamen Agrarpolitik - immer wieder werden unseren heimischen Landwirten Knüppel zwischen die Beine geworfen, die zu tiefer Verunsicherung führen und ein vernünftiges Wirtschaften quasi unmöglich machen.

Mein Lieblingsthema – wie Sie wissen – Agrardieselbesteuerung: Wie in aller Welt kann man in einem gemeinsamen EU-Agrarmarkt noch von fairen Wettbewerbsbedingungen reden, wenn die deutschen Landwirte im Schnitt das 40fache ihrer luxemburgischen Kollegen zahlen müssen?

Anrede,

Apropos faire Wettbewerbsbedingungen: Wie in den vergangenen Jahren stehen wir vor der Obst- und Weinernte. Und wieder müssen wir feststellen: Der deutsche „Sonderweg“ ist ein Flop.

Darüber konnte ich mich bei der Kirschernte im Rheinland überzeugen. Sie hilft nicht den Arbeitslosen, nicht den Saisonarbeitern, nicht den Bauern – nein, sie verdirbt die Ernte.

Die FDP-Fraktion fordert erneut:

- weg mit der Eckpunkteregelung
- volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU und
- bilaterale Vereinbarungen mit Drittländern

Haushalterisch gesprochen: Geben Sie den Landwirten endlich ihre unternehmerische Freiheit zurück, dann brauchen Sie sich auch nicht ständig für Ihre Subventionspolitik zu rechtfertigen!

Anrede

Was wir brauchen, ist eine zukunftsfähige Politik für die deutsche Landwirtschaft und das Vertrauen der Verbraucher in die angebotenen Produkte! Die Stärkung des Unternehmertums durch vernünftige politische Rahmenbedingungen erweist sich meist als segensreicher als Steuergelder – Wahlkampf hin oder her.....

Herr Minister Seehofer,

Ihre Reformschwäche geht sowohl zu Lasten der Landwirte als auch zu Lasten des Haushalts – und damit aller Steuerzahler!

Die FDP hat immer wieder konkrete Lösungen vorgelegt. Und immer wieder schließen Sie sich verbal diesen Forderungen an. Nur - auf konkrete Vorschläge, Herr Minister, warten wir vergeblich!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Erschreckenderweise stehen immer noch die gleichen ungelösten Probleme auf der Agenda: Gammelfleisch, Vogelgrippe, LUV, Erntehelfer, grüne Gentechnik etc.

Aus dem „frischen Reform-Wind“, der mit Horst Seehofer in die Agrarpolitik Einzug halten sollte, ist eine echte „Reform-Flaute“ geworden – vielleicht auch, weil hinter den Kulissen die Schwarz-

Roten Auseinandersetzungen orkanartige Ausmaße angenommen haben!

Abschließend möchte ich noch davor warnen, vor lauter Klimawandelstrategien die Nahrungsmittelversorgung in Deutschland kaputt zu machen.

Die FDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass - bei allen berechtigten Forderungen zum Klimaschutz - auch in Zukunft gesunde Nahrungsmittel zu fairen Preisen möglich bleiben. Faire Preise übrigens für beide Seiten – für Landwirte ebenso wie für Verbraucher!